



BERLINER INFORMATIONSDIENST

→ zur Steuerpolitik

→ TOP-ISSUES

VERMITTLUNGSAUSSCHUSS: AMTSHILFERICHTLINIE-UMSETZUNGSGESETZ VERTAGT, FINANZAUSSCHUSS: ZUSTIMMUNG ZUM GESETZ ZUR VERKÜRZUNG DER AUFBEWAHRUNGSFRISTEN

Der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat hat am Dienstag, den 23.04.2013 seine Beratungen zum Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz auf den 05.06.2013 vertagt, nachdem das Gesetz am 28.02.2013 im Bundestag in zweiter und dritter Lesung beschlossen, aber vom Bundesrat am 22.03.2013 abgelehnt worden war. Der Bundesrat versagte die Zustimmung mit der Begründung, die Maßnahmen zur Schließung von Steuerschlupflöchern seien unzureichend. Er verlangte eine Aufnahme von weiteren Maßnahmen zur Verhinderung ungewollter Steuergestaltungen, wie beispielsweise Regelungen zu Cash-GmbHs bei der Erbschaftsteuer, zur Vermeidung von RETT-Blocker-Strukturen bei der Grunderwerbsteuer und hybriden Finanzierungen. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 3](#)

GROSSBRITANNIEN REICHT KLAGE GEGEN DIE FINANZTRANSAKTIONSSTEUER BEIM EUROPÄISCHEN GERICHTSHOF EIN

Am Donnerstag, den 18.04.2013 hat die britische Regierung Klage gegen die geplante Finanztransaktionssteuer (FTT) eingereicht. Der britische Schatzkanzler George Osborne äußerte sich hierzu vergangenen Samstag in einem Interview mit dem Sender BBC. Durch die Klage soll sichergestellt werden, dass die Finanztransaktionssteuer Großbritannien sowie jene Länder nicht beeinflusst, die sich nicht an der Initiative beteiligen wollen. Großbritannien will die Steuer nicht einführen, befürchtet aber Abwanderungen vom Finanzplatz London durch einen abnehmenden Handel zwischen britischen Firmen und solchen, die ihren Sitz in einem Land mit FTT haben. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 3](#)

EDITORIAL

Liebe Leser,

bei den Nachfolgegesetzen zum Jahressteuergesetz 2013 stockt es weiterhin. So hat der Vermittlungsausschuss seine Verhandlungen zum Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz ohne Ergebnis vertagt. Zwar beschloss der Finanzausschuss das Gesetz zur Verkürzung der Aufbewahrungsfristen, jedoch gegen die Stimmen der Opposition, so dass der Widerstand der Opposition im weiteren Gesetzgebungsverfahren offensichtlich ist, es sei denn es gelingt ein Durchbruch in der nun für den 05.06. anberaumten Sitzung des Vermittlungsausschusses. Dagegen stehen internationale Steuerthemen ganz oben auf der Agenda: Vertreter des Bundesministeriums der Finanzen haben sich in einem Steuersymposium der Bundesfinanzakademie den kritischen Fragen zu dem Entwurf eines Muster-Abkommens zur deutschen Verhandlungsgrundlage für Doppelbesteuerungsabkommen gestellt. Ziel ist neben der Vermeidung der Doppelbesteuerung vor allem die der doppelten Nichtbesteuerung. Zudem hat die Kommission eine Plattform für verantwortungsvolles Handeln im Steuerwesen ins Leben gerufen und setzt sich Deutschland für Verschärfungen der Regulierung gegen Geldwäsche ein. Des Weiteren hat Großbritannien Klage gegen die Finanztransaktionssteuer erhoben.

Dr. Tanja Wiebe, LL.M.
Managing Director FinTax policy advice

PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 4 Wochen zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf [Seite 3](#).

CONTENT

→ TOP-ISSUES..... 1–6

Vermittlungsausschuss: Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz vertagt, Finanzausschuss: Zustimmung zum Gesetz zur Verkürzung der Aufbewahrungsfristen

Großbritannien reicht Klage gegen die Finanztransaktionssteuer beim Europäischen Gerichtshof ein

Steuerhinterziehung und Geldwäsche im Fokus: Forum für verantwortungsvolles Handeln im Steuerwesen gegründet und Deutschland für Verschärfung der europäischen Regulierung gegen Geldwäsche

BMF: Deutsche Verhandlungsgrundlage für Doppelbesteuerungsabkommen im Bereich der Steuern vom Einkommen und Vermögen veröffentlicht

→ OUTGOING..... 7–9

vom 22.04. bis 26.04.2013

2./3. Lesung des Bundestags zum Gesetz zur Verkürzung der Aufbewahrungsfristen sowie zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften

Beratung des Bundestags-Finanzausschusses zum Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2011/61/EU über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFM-Umsetzungsgesetz - AIFM-UmsG)

... sowie weitere Ergebnisse

→ STATUS..... 10–18

vom 26.04.2013

Gesetz zur Verkürzung der Aufbewahrungsfristen sowie zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften

Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes

... sowie weitere Gesetze

→ UPCOMING..... 19–20

→ vom 29.04. bis 03.05.2013

Bundestag: keine Sitzung, nächste Sitzungswoche 13.05. – 17.05.2013

Bundesrat: 909. Sitzung u. a. zum Gesetz zur Entschließung des Bundesrates zum Abbau der kalten Progression – Antrag des Landes Hessen –

Stakeholder: Econwatch zu den Steuerplänen der Parteien

STEUERHINTERZIEHUNG UND GELDWÄSCHE IM FOKUS: FORUM FÜR VERANTWORTUNGSVOLLES HANDELN IM STEUERWESEN GEGRÜNDET UND DEUTSCHLAND FÜR VERSCHÄRFUNG DER EUROPÄISCHEN REGULIERUNG GEGEN GELDWÄSCHE

Die EU-Kommission will nach Aussage des EU-Steuerkommissars Algirdas Šemeta im Kampf gegen die grenzüberschreitende Steuergestaltung und Steuerhinterziehung verstärkt Druck aufbauen und „schneller vorangehen“. Zu diesem Zweck wird nun mit Beschluss der Kommission vom 23.04.2013 ein Gremium nach dem Vorbild des Joint Transfer Pricing Forums einberufen, dem 42 Mitglieder angehören werden: 27 davon werden von den nationalen Finanzverwaltungen benannt, 15 weitere im Rahmen eines offenen Bewerbungsverfahrens aus Unternehmen, der Zivilgesellschaft und Steuerberaterverbänden. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 4](#)

BMF: DEUTSCHE VERHANDLUNGSGRUNDLAGE FÜR DOPPELBESTEUERUNGSABKOMMEN IM BEREICH DER STEUERN VOM EINKOMMEN UND VERMÖGEN VERÖFFENTLICHT

Am Mittwoch, den 17.04.2013 wurde die Verhandlungsgrundlage für den Abschluss von Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit anderen Staaten durch das Bundesministerium der Finanzen (BMF) veröffentlicht. Dadurch soll eine effiziente Umsetzung der deutschen Abkommensziele unter Verwendung möglichst einheitlicher Formulierungen erreicht werden. Die vorliegende Verhandlungsgrundlage gibt Hinweise auf die von Deutschland verfolgte Abkommenspolitik, ohne dabei rechtliche Wirkung zu entfalten. Anlässlich der Veröffentlichung des Papiers fand vergangene Woche das Steuersymposium der Bundesfinanzakademie zur „deutschen Verhandlungsgrundlage für Doppelbesteuerungsabkommen“ im Bundesministerium der Finanzen statt. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 5](#)

DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice. FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller Gesetzgebungsverfahren über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institutionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertretung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis.

www.fintax-pa.de

➔ **BESTELLFAX AN 030. 20 45 41 -21**

ODER FORMLOS PER MAIL AN mail@bid.ag



PROBEABONNEMENT

Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für vier Wochen zur Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose Lite-Variante verbunden bleiben oder sich über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern. Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet, wobei das Quartal, in dem das Abonnement beginnt, anteilig berechnet wird.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die folgenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes für vier Wochen zur Probe:

- ➔ Berliner Informationsdienst zur **ENERGIEPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **GESUNDHEITSPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **NETZPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **STEUERPOLITIK**

Ich interessiere mich für die folgenden Politikfelder und bitte um Zusendung eines Angebotes für ein individualisiertes Monitoring:

- ➔ **VERKEHRSPOLITIK**
- ➔ **SICHERHEITSPOLITIK**
- ➔

Unternehmen/Institution

Ansprechpartner

Funktion

Telefonnummer

E-Mail-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll)

PARLIAMENTARY MONITORING & POLITICAL INTELLIGENCE

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Pünktlich zu den Sitzungswochen des Bundestages und Bundesrates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphäre.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.bid.ag

REDAKTION

Für allgemeine Fragen zum Berliner Informationsdienst steht Ihnen die Herausgeberin zur Verfügung:

Dr. Sandra Busch-Janser
sbj@bid.ag, 030.20 45 41 -22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

für Energiepolitik:
Lillemor Ullrich, lu@bid.ag, -26

für Gesundheitspolitik:
Roberta Wendt, rw@bid.ag, -27

für Netzpolitik:
Aylin Ünal, au@bid.ag, -25

für Steuerpolitik:
Dr. Tanja Wiebe, tw@bid.ag, -20

IMPRINT

Herausgeber: polisphäre e.V.
Friedrichstr. 60, D-10117 Berlin
0049. 30. 20 45 41 -20 (Tel.) -21 (Fax)

berlin@polisphäre.eu
www.polisphäre.eu